

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,
Jugendliche und Familien
am Montag, dem 13.03.2017, im Ausschusszimmer des Kreishauses
Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Einwohnerfragestunde nach § 12 der Geschäftsordnung	5
2.	Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2017/2018	204/2017 6
3.	Sachstandsbericht über die aktuelle KiTa Situation in der Stadt Telgte	208/2017 8
4.	Gewährung eines Zuschusses zur vorübergehenden Unterbringung zweier KiTa-Gruppen in der Kindertageseinrichtung St. Johannes in Telgte	205/2017 9
5.	Gewährung eines Zuschusses zu den Um-/Ausbaukosten für die Maßnahme im Stöppkenhues in der Gemeinde Everswinkel	206/2017 10
6.	Gewährung eines Zuschusses für die Schaffung von zusätzlichen U3-Betreuungsplätzen in der Kindertageseinrichtung Wiesenhaus in Telgte	222/2017 11
7.	Jahresbericht 2016 des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien	207/2017 12

- | | | | |
|-----------|---|-----------------|-----------|
| 8. | Sachstandsbericht - unbegleitete minderjährige Ausländer sowie Bericht über die Arbeit mit geflüchteten Familien | 211/2017 | 13 |
| 9. | Sachstandsbericht - geplante Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes | 219/2017 | 14 |
| . | <u>II. Nichtöffentlicher Teil</u> | | |
| 1. | Änderung der Verträge für die Beratung von Pflegeverhältnissen nach dem Konzept "Pflegekinder im Kreis Warendorf" | 210/2017 | 15 |

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Bitter, Margret	
Blex, Klaus Dr.	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Reinhard	
Claßen, Anne	
Fiedlers, Nils	
Grap, Valeska	
Hein-Kötter, Dorothea	
Kraft, Herbert	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Mergenthaler, Michael	Vertretung für Frau Sandra Brinkmann
Minor, Kristina	
Pinnekamp, Ursula	
Riveiro Vega, Sandra	
Schmal, Ferdi	
Schulze-Niehues, Barbara-Anna Rektorin	
Strecker, Rita	
Strübbe, Robert	
stellv. Ausschussmitglieder	
Wekeiser, Erwin	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Darpe, Susanne	
Frölich, Anke	
Rüting, Wolfgang	
Wiesmann, Frank	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Brinkmann, Sandra	
Cajo, Karina	
Hermans, Pia	
Horstmeyer, Heinz	
Kost-Ateser, Annegret	Vertretung für Herrn Ralf Topp
Spanke, Michael	
Topp, Ralf	

Herr Luster-Haggeney begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

Für die heutige Sitzung haben sich **Frau Arnkens-Homann, Frau Wagner, Frau Brinkmann, Frau Cajo, Frau Bothe** sowie **Frau Kost-Ateser** und **Herr Topp** entschuldigt. Ebenfalls fehlen **Frau Hermans, Herr Horstmeyer** und **Herr Spanke**.

Er stellt fest, dass der Ausschuss mit der Einladung vom 28.02.2017 form- und fristgerecht geladen wurde. Weiterhin stellt **Herr Luster-Haggene**y die Beschlussfähigkeit fest.

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde nach § 12 der Geschäftsordnung	
---	--

Herr Luster-Haggeney stellt fest, dass die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner keine Fragen haben.

2.	Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2017/2018	204/2017
-----------	--	-----------------

Herr Rüting leitet ein und stellt fest, dass sich die Tendenz einer erhöhten Nachfrage nach Plätzen für die Kindertageseinrichtungen aktuell bestätigt. Aufgrund von Zuzügen und höheren Geburtenraten sei ein erhöhter Bedarf an Betreuungsplätzen vorhanden. Dies erschwere jedoch die Planung eines bedarfsgerechten Angebotes für alle Kinder. Um allen Eltern ein entsprechendes Angebot machen zu können, seien Betreuungsformen wie Spielgruppen und Tagespflege von großer Bedeutung. Ziel sei, für das Kindergartenjahr 2017/2018 allen Familien ein bedarfsgerechtes Angebot zu machen. Dabei habe vor allem das Kriterium der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen hohen Stellenwert.

Frau Darpe stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Kindergartenbedarfsplanung 2017/ 2018 dar. *(Die PowerPoint Präsentation ist als Anlage beigefügt)*

Sie berichtet von einer Vielzahl an Anmeldungen sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich. Für jedes Ü3 Kind stehe ein Kindergartenplatz zur Verfügung. Die U3 Kinder werden zudem in Spielgruppen oder bei Tagespflegepersonen betreut. Diese Angebote seien für die Bedarfsdeckung enorm wichtig. Leider gehen viele Tagesmütter wieder in ihren alten Beruf zurück und die Neuakquise von Tagespflegepersonen sei derzeit sehr schwer.

Weiterhin stellt Frau Darpe die finanziellen Auswirkungen der Kindergartenbedarfsplanung dar. Aufgrund der höheren Anzahl an Betreuungsplätzen und der gestiegenen Dynamisierung sind die Betriebskosten im Vergleich zum letzten Kindergartenjahr 2016/2017 um ca. 7,2 % gestiegen. Für den Haushalt 2017 bedeute dies eine Verschlechterung von insgesamt 208 T€, die jedoch im laufenden Haushalt aufgefangen werden kann.

An der weiteren Diskussion zu den Themen Kriterien bei der Vergabe von Betreuungsplätzen, der Problematik in der Tagespflege und der steigenden Betreuungsbedarfe beteiligen sich **Frau Claßen, Frau Birkhahn, Frau Brockmann, Frau Darpe, Herr Strübbe, Herr Dr. Blex, Frau Riveiro –Vega** und **Herr Rüting**.

Frau Pinnekamp weist daraufhin, dass der Bundesverband für Kindertagespflege eine weitere Professionalisierung der Tagespflege anstrebe. Hierzu müsse der Kreis sich in der Zukunft positionieren.

Herr Luster-Hagganey bedankt sich bei der Verwaltung für die anschauliche und umfangreiche Darstellung der mühsamen und komplizierten Kindergartenbedarfsplanung und verliest anschließend den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2017/18 festgelegten Gruppenformen und die sich daraus ergebenden Kindpauschalen gemäß § 19 KiBiz (Einrichtungsbudget) für die Tageseinrichtungen sowie die Anzahl der erforderlichen Integrationsplätze im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

3.	Sachstandsbericht über die aktuelle KiTa Situation in der Stadt Telgte	208/2017
----	---	-----------------

Herr Rüting gibt einen kurzen Überblick über die aktuelle Situation in der Stadt Telgte. Aufgrund der hohen Anzahl an Zuzügen und der steigenden Geburten ist es eine erhebliche Herausforderung, den angemeldeten Bedarfen für einen Platz in einer Kindertageseinrichtung in Telgte gerecht zu werden.

Seit 2015 gestaltet sich die Suche nach einem geeigneten Baugrundstück für eine Kindertageseinrichtung aus den unterschiedlichsten Gründen als sehr schwierig. Zum einen seien die baurechtlichen Anforderungen sehr umfassend. Zum anderen müssen bei der Planung viele verschiedene Akteure beteiligt werden. Hinzukommen die zum Teil sehr komplexen kommunalpolitischen Debatten, die in diesem Zusammenhang zu führen sind.

Mittels einer Elternbefragung (vgl. Vorlage) konnte der tatsächliche Bedarf zum 01.08.2017 jedoch exakter ermittelt werden. Es wird nun davon ausgegangen, dass trotz dieser misslichen Situation, alle Kinder, die einen tatsächlichen Bedarf haben, zum Start des Kindergartenjahres 2017/2018 in Telgte versorgt werden können.

Für die zukünftige Bedarfsdeckung sei jedoch ein Neubau einer Kindertageseinrichtung in Telgte unverzichtbar.

Der Fragebogen ist als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4.	Gewährung eines Zuschusses zur vorübergehenden Unterbringung zweier KiTa-Gruppen in der Kindertageseinrichtung St. Johannes in Telgte	205/2017
----	--	-----------------

Herr Luster-Haggeney verliest den Beschlussvorschlag, da seitens der Mitglieder keine Fragen zu dem Tagesordnungspunkt bestehen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Zahlung eines Zuschusses von bis zu 30.000 € für die Ausstattungs-/Einrichtungskosten der zusätzlichen Betreuungsplätze in der Tageseinrichtung St. Johannes in Telgte

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

5.	Gewährung eines Zuschusses zu den Um-/Ausbaukosten für die Maßnahme im Stöppkenhues in der Gemeinde Everswinkel	206/2017
----	--	-----------------

Die Mitglieder des Ausschusses haben zu diesem Tagesordnungspunkt keine Fragen, sodass **Herr Luster-Haggeney** den Beschlussvorschlag verliest.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Zahlung eines einmaligen Zuschusses von bis zu 30.000 € für die Um-/ Ausbaumaßnahmen im Stöppkenhues in Everswinkel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

6.	Gewährung eines Zuschusses für die Schaffung von zusätzlichen U3-Betreuungsplätzen in der Kindertageseinrichtung Wiesenhaus in Telgte	222/2017
----	--	-----------------

Herr **Luster-Haggeney** stellt fest, dass keine Fragen zu dem Punkt bestehen und verliest anschließend den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Zahlung eines einmaligen Zuschusses von bis zu 30.000 € für die Ausbaumaßnahmen in der Kindertageseinrichtung Wiesenhaus in Telgte

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

7.	Jahresbericht 2016 des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien	207/2017
-----------	--	-----------------

Herr Rüting stellt den Jahresbericht 2016 des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien vor und stellt die Qualitätsentwicklung KiTa, das Projekt „Kein Kind zurücklassen“ und die Flüchtlingssituation in den Vordergrund seines Vortrages.

Bezogen auf die Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen betont **Herr Rüting**, dass es nicht nur auf den quantitativen Ausbau von Kindertagesbetreuung ankomme, sondern ebenso die Qualität in der jeweiligen Tagesbetreuung in den Fokus genommen werden müsse. Qualität in der Kindertageseinrichtung heißt unter anderem, dass in der Tagesbetreuung die jeweilige Lebenswirklichkeit der Kinder berücksichtigt werde. Neben dem Auftrag der Betreuung und Erziehung erlangt die KiTa als Ort früher Bildung eine hohe Bedeutung. Die durchgeführte Elternbefragung habe gezeigt, dass im Gesamtergebnis ein hoher Qualitätsstandard bei den Kindertageseinrichtungen vorhanden ist, allerdings in einzelnen frühkindlichen Institutionen schon Unterschiede zu erkennen wären. Im Rahmen der Gespräche mit den Trägern werden Qualitätsaspekte bereits diskutiert. Zudem werden Träger ausgewählt, mit denen Qualitätsentwicklungsgespräche geführt werden. Die Qualitätsentwicklung als solches bliebe auch weiterhin ein großer Aufgabenbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

Bezüglich des Projekts „Kein Kind zurücklassen“ teilt **Herr Rüting** mit, dass die zweite Entwicklungsphase begonnen habe und nun weitere 22 Kommunen an dem Projekt teilnehmen. Erfreulich sei, dass hierzu auch die Stadt Ahlen sowie die Kreise Steinfurt und Coesfeld gehören.

Hinsichtlich der Flüchtlingssituation kann vermerkt werden, dass der große Druck des letzten Jahres nachgelassen hat. Im Verlaufe des Verbleibes in Deutschland ergeben sich nun andere neue Herausforderungen, wie z.B. die Integration dieser Menschen.

Frau Strecker fasst einige laufende Angebote für geflüchtete Menschen zusammen und fragt, wie viele Kommunen Brückenprojekte für 0- bis 6-Jährige miteinbeziehen.

Frau Darpe erwidert, dass im Jahre 2016 alle Kommunen, mit Ausnahme der Gemeinde Everswinkel, Brückenprojekte angeboten haben. Insgesamt wurden 19 Maßnahmen angeboten. In diesem Kalenderjahr befindet sich der Kreis in der Beantragungphase, bisher gibt es 14 Maßnahmen.

Abschließend bedankt sich **Frau Birkhahn** bei der Verwaltung für die übersichtliche und informative Darstellung des Tätigkeitsfeldes des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien im Jahresbericht.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt den Jahresbericht 2016 des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zur Kenntnis.

8.	Sachstandsbericht - unbegleitete minderjährige Ausländer sowie Bericht über die Arbeit mit geflüchteten Familien	211/2017
-----------	---	-----------------

Frau Frölich berichtet, dass es im Kalenderjahr 2016 vornehmlich darum ging, die geflüchteten Menschen in Deutschland ankommen und willkommen heißen zu lassen. Gegenwärtig sei jedoch die Aufgabe, die geflüchteten Menschen dazu zu befähigen, sich in Deutschland zurechtzufinden. Der Kreis Warendorf habe entsprechende Strukturen entwickelt. Die Vernetzung mit Kooperationspartnern und den vielen Ehrenamtlern sei für diesen Zweck notwendig, wie u.a. das Fahrradprojekt zeige.

Derzeit seien bei den Minderjährigen beherrschende Themen die Familienzusammenführung und der aufenthaltsrechtliche Status. Ein Drittel der geflüchteten Minderjährigen erhalten einen Flüchtlingsstatus, der eine längerfristige Planung zulasse. Zudem beeinflusse der Aufenthaltsstatus die Familienzusammenführung, die sich darüber hinaus als sehr schwierig erweise.

Weiterhin habe man lernen müssen, dass die klassischen Jugendhilfeangebote, die bei Kindern und Jugendliche greifen, die aufgrund von Erziehungsproblemen im elterlichen Haushalt geschädigt seien, hier nicht wirken. Entsprechende Konzepte mussten angepasst werden. Der Fokus liegt hier auf dem Erlernen von Normen und Regeln einer westlich geprägten Kultur. Frau Frölich berichtet weiterhin, dass die ersten Trennungs- und Scheidungsberatungen in Flüchtlingsfamilien stattfinden.

An der weiteren Diskussion zu den Themen Feststellung der Minderjährigkeit und Familienzusammenführung beteiligten sich **Herr Dr. Blex, Frau Frölich, Herr Rütting, Frau Claßen und Frau Strecker.**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9. Sachstandsbericht - geplante Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes	219/2017
---	-----------------

Frau Grap stellt die Anfrage der Grünen zum Unterhaltsvorschuss vor. Dabei gehe es um das restriktive Forderungsmanagement und die Steigerung der Rückholquote.

Herr Rüting berichtet zunächst über die geplanten Änderungen im Unterhaltsvorschussgesetz zum 01.07.2017. Es beinhaltet die Aufhebung des Bezugszeitraumes von 72 Monaten und Anhebung der Höchstaltersgrenze von 12 auf 18 Jahre. Für den Personenkreis der 12-18 Jährigen bestehe der Anspruch jedoch nur, wenn der alleinerziehende Elternteil nicht im SGB II Bezug steht, es sei denn er hat ein Einkommen von monatlich mindestens 600 € Brutto (sog. Aufstocker).

Ergänzend teilt **Herr Wiesmann** die Auswirkungen der Gesetzesänderung und die sich daraus ergebenden Belastungen für den Haushalt mit. Er berichtet von einer Verdopplung der Fallzahlen auf ca. 1300 Fälle und einer finanziellen Mehrbelastung in Höhe von rd. 155 T€ für das laufende Haushaltsjahr. Weiterhin sei eine personelle Aufstockung unausweichlich.

Herr Dr. Seidel präsentiert anschließend anhand einer PowerPoint- Präsentation das Rückholmanagement im UVG-Bereich und beantwortet damit die Anfrage der Grünen (*Die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage beigefügt*). Er weist insbesondere darauf hin, dass der Kreis Warendorf in den vergangenen Jahren stets einen Platz in der Spitzengruppe belegt und im Jahr 2016 sogar die zweithöchste Rückholquote im Regierungsbezirk Münster erreicht habe. Da also bereits in der Vergangenheit konsequent und erfolgreich optimiert worden sei, werde mit einer weiteren Steigerung der Rückholquote nicht gerechnet.

Herr Dr. Börger betont, dass der Kreis Warendorf einen möglichst großen Anteil der gezahlten Unterhaltsvorschussleistungen von den Unterhaltspflichtigen zurückholen und die Zahlen der Rückholquote stetig verbessern möchte. Dafür sei das Zusammenspiel des Jugendamtes, des Sozialamtes und der Kämmerei von großer Bedeutung. Er berichtet außerdem, dass für das nächste Jahr vier neue Stellen im Haushaltsplan eingeplant werden müssen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion, insbesondere zur Kostenbeteiligung des Bundes und der Länder, beteiligen sich **Frau Grap, Frau Birkhahn, Herr Fiedlers, Herr Dr. Seidel, Herr Dr. Börger** und **Herr Rüting**.

Weiterhin ergänzt **Herr Rüting**, dass die Antragsvordrucke sowie das Merkblatt UVG an die neue Gesetzeslage angepasst werden.

Herr Luster-Haggeney bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Kraft verlässt um 16:55 Uhr die Sitzung, da er für den Tagesordnungspunkt des nichtöffentlichen Teils befangen ist.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt **Herr Luster-Haggeney** um 17:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer